

## 3.6 Demokratie heißt Herrschaft des Volkes

### 3.6.1 Grundproblem

In den letzten Jahren erleben wir in Deutschland eine zunehmende Politikverdrossenheit, die sich z.B. in sinkender Wahlbeteiligung widerspiegelt. Wir erreichen aber damit nur das Niveau der anderen, älteren Demokratien.

Daran zeigt sich, dass die Bevölkerung ein tiefes Misstrauen gegenüber „denen da oben“ hegt, was aber – wegen der weiten Verbreitung dieses Misstrauens – offenbar nicht auf das Fehlverhalten bestimmter Personen zurückzuführen ist. Es scheint im Gegenteil ein systembedingter Effekt zu sein, dessen Ursachen erst gefunden werden müssen, bevor man über Verbesserungsmöglichkeiten nachdenken kann.

Eine wesentliche Ursache für das Misstrauen liegt in dem Gefühl der Menschen, dass Politiker nicht die **Wahrheit** sagen und ihnen daher nicht zu trauen sei. Ihnen gehe es nur um Machtgewinn und Machterhalt.

Die Ursachen für dieses ambivalente Verhältnis zur Wahrheitsfrage liegen tiefer: In einer Mediengesellschaft stehen Verantwortungsträger in Politik, Wirtschaft, Kunst und Sport vor einem besonderen Dilemma der asymmetrischen Wahrnehmung. Dabei entfalten Negativmeldungen offenbar eine besondere Kraft. Die beigefügte Zeitungsmeldung über die ernste Erkrankung des Apple-Chefs Steve Jobs zeigt den Mechanismus. Werden Schlüsselpersonen krank, muss auf jeden Fall verhindert werden, dass dies bekannt wird, da sonst wie z.B. im Fall Apple die Kurse in den Keller gehen.

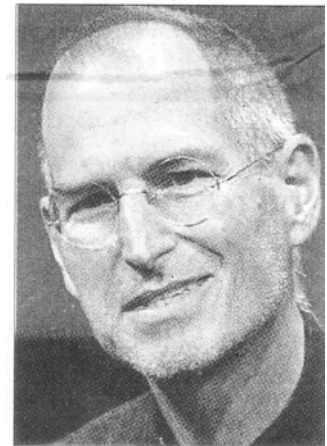
Die sorgfältige Verschleierung des schlechten Gesundheitszustandes des damaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt zeigt, dass dies auch für Politiker gilt. Wäre sein Zustand publik geworden, hätte sich eine große öffentliche Diskussion darüber aufgebaut, ob ein offenbar sehr kranker Mann die Regierungsgeschäfte leiten kann.

Generell gesprochen gelten offenbar aus unterschiedlichen Motiven für soziale Gruppen und Institutionen andere ethische Regeln als die, die Menschen in ihrem privaten Umfeld erwarten.

Die Gründe sind unterschiedlich: Wenn ein Pilot eines Passagierflugzeuges sich zu einer Notlandung entschließen muss und noch Zeit zur Kommunikation mit den Fluggästen bleibt, wird er alles daran setzen, die wahre Situation zu verschleiern, damit keine Panik aufkommt. Wenn ein Stadionsprecher eine Bombendrohung erhält und nur noch wenig Zeit bleibt, das Stadion zu räumen, wird er etwas vordergründig Ungefährliches erfinden müssen, damit niemand

bei der Räumung niedergetrampelt wird.

### Krankheit zwingt Apple-Chef Jobs zu Arbeitspause



Jobs hatte 2004 Bauchspeicheldrüsenkrebs. (AP)

New York. (rtr) Apple-Chef Steve Jobs zieht sich krankheitsbedingt ein halbes Jahr von der Führung der US-Computerfirma zurück.

Seine gesundheitlichen Probleme seien komplexer als gedacht, teilte Jobs mit. Daher lasse er sich bis Ende Juni freistellen. Erst vor rund zehn Tagen hatte Jobs erklärt, Störungen in seinem Hormonhaushalt für seinen starken Gewichtsverlust im vorigen Jahr verantwortlich. Seinen Posten aufgeben wollte er damals aber nicht. Spekulationen über eine schwerere Erkrankung des ehemaligen Krebspatienten kursieren seit längerem und setzten Apple wiederholt zu. Die Börse reagierte auch auf die neue Nachricht geschockt: Die Apple-Aktie sackte teils um rund ein Zehntel auf den tiefsten Stand seit Ende 2006 ab. Apple wird wie wenig andere Firmen mit der Person seines Chefs Jobs identifiziert. Er führte Apple vom reinen Computerhersteller zum Elektronikkonzern.

So gibt es eine Fülle von Situationen, wo die Verantwortungsträger nicht die Wahrheit sagen dürfen, um die Lage nicht noch zu verschlimmern. Das war z.B. auch kürzlich im Falle der Bankenkrise der Fall: Hätte die Bundesregierung den Ernst der Lage offen gelegt, hätten womöglich alle Sparer ihre Konten geräumt und damit den Kollaps des gesamten Systems verursacht.

Das alles könnte man evtl. noch der Kategorie „Notlüge“ zuordnen. Aber darüber hinaus gibt es Mechanismen staatlichen Handelns, die den individuellen Erfahrungen diametral widersprechen:

Der Einzelne wird versuchen, in Notlagen sparsam zu wirtschaften und dann, wenn seine Einkünfte vergleichsweise hoch sind, wird er auch viel ausgeben. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise zeigt, dass der Staat jedoch gegenläufig handeln sollte. In Notlagen muss er für zusätzliche Nachfrage sorgen und Schulden machen. In den Jahren der Hochkonjunktur muss hingegen gespart werden. Diese antizyklische Finanzpolitik umzusetzen, fällt schon den Politikern schwer, viel weniger ist dieses Verhalten den Wählern verständlich zu machen.

Im Bereich der Wirtschaft gibt es ähnliche Asymmetrien. Kein Unternehmen arbeitet nur mit eigenem Geld. Vielmehr besorgt man sich über die Bank oder über die Börse Fremdkapital, das man investiert, um damit einen größeren Umsatz und Gewinn zu realisieren, als es nur mit Eigenkapital möglich wäre.

Für den Privatmann ist es kaum vorstellbar, dass er durch Schulden sein Einkommen erhöhen könnte. Aber es gibt offenbar einen grundlegenden Unterschied zwischen Schulden und Kredit, zwischen Geld und Kapital. Es fällt jedoch schwer, dieses scheinbar den Alltagserfahrungen widersprechende Verhalten und Denken den Wählern verständlich zu machen.

Die Wähler haben dafür i.d.R. wenig Verständnis. Sie erwarten Wahrheit und nicht „Lug und Trug“. Sie bewerten die Entscheidungen in und für Institutionen nach den Wertvorstellungen, die für Individuen gelten. **Sie erkennen nicht, dass es im Bereich von Staat und Wirtschaft systemische Zwänge gibt, die ihren individuellen Erfahrungen offenbar widersprechen.**

Da es aber in einer parlamentarischen Demokratie einen medienvermittelten öffentlichen Wettbewerb um die Gunst der Wähler gibt, besteht von Seiten der Parteien immer die Gefahr, diese andere systemische Verfassung den Wählern zu unterschlagen und die Lage möglichst einfach, einsichtig und zugleich zur Schärfung des eigenen Profils überspitzt darzustellen. So hören die Wähler die Forderung nach Senkung der Steuern gerne. Aber kaum einer, der diese Forderungen aufstellt, sagt zugleich, wie die damit auftretenden Deckungslücken im Haushalt geschlossen werden können. Oder gibt an, welche weitreichenden Folgen das Sparen in öffentlichen Haushalten haben wird.

So ergibt sich häufig – gerade vor Wahlen – der Eindruck, dass Parteien dem Wähler das Blaue vom Himmel versprechen. Die Parteien haben die Hoffnung, dass die Wähler solche Versprechungen entweder nicht ernst nehmen oder bald wieder vergessen. Einzelne Abgeordnete, die sich dem widersetzen möchten, werden mit dem Mittel des Fraktionszwangs in die möglichst geschlossene parteipolitische Front eingebunden. Dieses taktische Handeln ist zwar ebenfalls systemisch bedingt, trotzdem aber keinesfalls tolerierbar. So ist es nicht verwunderlich, dass die Menschen sich betrogen fühlen und sich von der Politik abwenden.

Ähnlich wie mit der Wahrheit gibt es Probleme mit der **Gerechtigkeit**. So war die Politik z.B. im Herbst 2008 kurzfristig gezwungen, dem Bankensektor sehr große Summen als Sicherhei-

ten und Zuschüsse zur Verfügung zu stellen. Fassungslos und voll Wut sahen die Hartz-IV-Empfänger, wie auf einmal in diesem Bereich die Milliarden mit vollen Händen ausgegeben wurden. Ist eine solche Politik nicht in höchstem Maße ungerecht?

Individualethisch betrachtet haben die Hartz-IV-Empfänger sicherlich Recht. Betrachtet man jedoch die Gesamtlage unter sozialem Gesichtspunkten, so galt es im Herbst 2008 den gesamten Zusammenbruch der Finanzwirtschaft abzufangen. Der Konkurs des Bankhauses Lehman Brothers oder der isländischen Kaupthing-Bank hat deutlich vor Augen geführt, was solche Konkurse selbst für den „kleinen Mann“ bedeuten können.

Daher entsteht, weil das komplexe System eines Staates, eines Bundeslandes oder einer Kommune offenbar nach anderen Mechanismen funktioniert, als wir es aufgrund unserer individuellen ethischen Wertordnung erwarten, unter den Bedingungen einer freiheitlichen Medienlandschaft oft der Eindruck von einer Scheindemokratie, in der die Machtträger sowieso machen, was sie wollen.

Der Grad dieses Auseinanderfallens hängt von verschiedenen Umständen ab:

- Von der Art der individuellen Wertvorstellungen. (Je humaner, sozialer und gerechter die Wertmaßstäbe sind, umso größer ist die Enttäuschung. Und da vor allem junge Menschen besonders idealistisch gesinnt sind, ist hier die Demokratieverdrossenheit auch am größten.)
- Von der Komplexität der Probleme. (Je schwieriger die Mechanismen der Wirtschaft, der Politik, des Sports, der Kunst zu vermitteln sind, desto größer ist der Druck auf die jeweils Verantwortlichen, einfache, aber häufig nicht oder nicht ganz zutreffende Erklärungen anzubieten.)
- Von der Funktionsweise der Medien. (Je offener eine Gesellschaft ist und je größer der Konkurrenzdruck unter den Medien, umso mehr versuchen sie, mit spektakulären Nachrichten „Auflage zu machen“ bzw. die Reichweite und Einschaltquote zu erhöhen.)
- Von den Informationsgewohnheiten der Menschen. (Je mehr die Menschen sich an den Schlagzeilen der Boulevard-Presse orientieren und je weniger sie bereit sind, auch eine Hintergrundberichterstattung zu schätzen, desto anfälliger sind sie für Politikverdrossenheit.)

Interessant ist, dass nachdem Politiker sich aus dem Alltagsgeschäft zurückgezogen haben, ihr Ansehen in der Bevölkerung wieder wächst. Sie haben es jetzt nicht mehr nötig, taktisch zu handeln. Man nimmt ihnen ab, was sie sagen. Der Altkanzler Helmut Schmidt, der früher von politisch Andersdenkenden als „Schmidt-Schnauze“ diffamiert wurde, erfreut sich heute eines höheren Ansehens in der Bevölkerung als je zuvor.

### 3.6.2 Und wie es besser gehen könnte

Welche Konsequenzen können aus dieser Analyse gezogen werden? Die Menschen müssen weit mehr Gelegenheit bekommen, soziale Verantwortung zu übernehmen. Nur „am lebenden Objekt“ lernt man, dass wir in unserer komplexen Gesellschaft ohne taktisches Verhalten nicht auskommen.

Mit anderen Worten, Willy Brandts Devise „*Mehr Demokratie wagen*“ ist aktueller denn je. Dies gilt für die Erwerbswirtschaft, die Tätigkeitswirtschaft, das Bildungssystem, die Kommunen und natürlich auch für die übrigen parlamentarischen Ebenen.

Allerdings muss neben den institutionellen Regelungen auch an der *ethischen Bildung und Transparenz* gearbeitet werden. Mit dem Instrument der Meinungsbefragung war es schon in der Vergangenheit möglich, nicht nur die politischen, sondern auch die wirtschaftlichen Präferenzen der Konsumenten gut zu erforschen.

Es ist nun an der Zeit, die Meinung der Bevölkerung durch ein wertorientiertes Panel zu erheben. In Zukunft müssen mit Hilfe der Meinungsbefragung auch Stellungnahmen zu sozial-ethisch wichtigen Fragen erhoben werden wie z.B.:

- Wann und wie die Wahrheit gesagt werden muss.
- Was man unter Gerechtigkeit konkret versteht.
- Unter welchen Bedingungen Menschen geholfen werden kann, ihrem Leben ein Ende zu setzen.
- Ob und unter welchen Bedingungen weitere Truppen nach Afghanistan entsandt werden können.
- Was man bereit ist, für den Umweltschutz zu tun.

Über die Priorität und auch über die Formulierung der jeweiligen Frage könnte gut im Internet abgestimmt werden. Jeder kann Vorschläge machen und monatlich werden drei Fragen ausgesucht und in einer Meinungsbefragung umgesetzt.

Damit würde ein neues, unabhängiges Diskussions- und Meinungsbildungsforum entstehen und die politischen Parteien könnten auch eine Rückmeldung zu ihrer Politik bekommen, die es ihnen ermöglichen würde, sich stärker mit den vorgetragenen Argumenten auseinanderzusetzen. So können auch Fragestellungen er- und bearbeitet werden, die die Politik bisher negiert hat. Insgesamt kann so das Internet stärker in den Dienst der Demokratie gestellt werden. Diese Chance müssen wir nutzen!

Insbesondere auch bei der Entwicklung der Tätigkeitswirtschaft können diese Meinungsbildungsprozesse mit Hilfe des Internets eine sehr viel stärker an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger orientierte Politik ermöglichen. In dem Umfang, in dem sie mit ihren Ideen und Vorschlägen (überschaubar, befristet und damit projektbezogen) ernst genommen werden sowie mitgestalten, mitentscheiden und ihre Erfahrungen einbringen können, wird das Zutrauen in die demokratische Meinungsbildung wieder wachsen.

### **3.6.3 Konkrete Schritte**

Insgesamt geht es um eine Kultur des Vertrauens und der Anerkennung auch in der Politik. Jede Form von vorschneller Vereinnahmung, etwa durch die Parteien, muss vermieden werden. Voraussetzung dafür ist vor allem die Transparenz aller politischen Vorgänge. Sie kann heutzutage durch das Internet auf allen Ebenen und in allen Bereichen ohne große Kosten geschaffen werden. So wäre es schon ohne Probleme möglich, Gesetzesvorlagen ins Internet zu stellen, um so eine breite Meinungsbildung zu ermöglichen. Ja, man kann heute noch einen Schritt weiter gehen, indem auch Bürger eigene Gesetzesvorhaben entwickeln sie und dem Parlament zur Beschlussfassung vorlegen.

Die Bürgerbeteiligung darf nicht von der Gnade der Politik, der Parteien und der Verwaltungen abhängig sein. Sie muss auf Dauer sogar Verfassungsrang erhalten, im Sinne einer vierten, einer „konsultativen Gewalt“. Vor allem aber muss sie in der Gemeindeordnung NRW als Institution verpflichtend vorgeschrieben werden.

Die Bedingungen für Bürgerbegehren und -entscheide in NRW sind zu überprüfen. So haben Bayern und Baden-Württemberg sehr viel niedrigere Quoten und einfachere Verfahren für die alternativen Vorschläge der BürgerInnen.

Die Kommunen sind zu ermutigen, eine Bürgerbeteiligung sowohl für Projekte und Vorschläge als auch für Haushaltsfragen zu ermöglichen („Bürgerbeteiligungshaushalt“). Erfahrungsgemäß werden dadurch langfristig Finanzen eingespart. Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen und Netzwerke müssen noch stärker unterstützt und vor allem durch Fachkräfte und Supervisoren begleitet werden.

Das bedeutet einen Ausbau der lokalen Freiwilligenagenturen. Auch der Entwicklung der Internet-Netzwerke, -Foren und -Kampagnen ist auf Landesebene besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Was bereits in 13 der 16 Bundesländer gilt, sollte auch in NRW eingeführt werden: Das kommunale Persönlichkeitswahlrecht, also die Möglichkeit, sich von den Parteilisten zu lösen, zu „kumulieren und zu panaschieren“ (d.h. Stimmen listenübergreifend auf bestimmte Kandidaten zu verteilen).

Wahlen sind zusammen zu legen und die Wahlperiode ist einheitlich auf 5 Jahre zu begrenzen, damit sich Deutschland nicht – wie beispielsweise in diesem Jahr - in einem Dauerwahlkampf befindet. Eine Wiederwahl soll nur einmal möglich sein.